

mandatsmeldung.



**APRIL
2022**

INHALTE

SPD als Bremser im Bündnis für die Ukraine

Michael Frieser, S. 1

Ampel: 100 Tage, aber kein Stück weise

Sebastian Brehm, S. 2

Ukraine: deutsche Regierung zögert & zaudert

Tobias Winkler, S. 2

60 Jahre Lebenshilfe Bayern

Karl Freller, S. 3

Kulturzentrum der Deutschen aus Russland

Barbara Regitz, S. 3

Haushalt 2022: Schwerpunkt Bauen

Jochen Kohler, S. 4

Haushalt 2022 verabschiedet

Hans Herold, S. 4

Haushalt 2022: Schwerpunkt Justiz

Petra Guttenberger, S. 5



SPD MACHT DEUTSCHLAND ZUM WACKEL- KANDIDATEN IM BÜNDNIS FÜR DIE UKRAINE

Liebe Mitglieder,
liebe Freunde,

im größten militärischen Konflikt Europas seit dem Ende des 2. Weltkrieges wird Deutschland schlecht regiert. Während die ukrainischen Streitkräfte ihren Abwehrkampf gegen den Angriffskrieg Russlands fortsetzen, schlingert Deutschland mit einem führungsschwachen Kanzler und einer Regierungspartei, die sich von ihren überholten Glaubenssätzen einer Ostpolitik aus dem vergangenen Jahrtausend nicht lösen kann, durch diese Krise. Über Wochen erklärten SPD-Vertreter Kritiker aus CDU/CSU, der eigenen Koalition und der ukrainischen Botschaft zu naiven Kriegstreibern und erfanden immer neue Märchen, warum Deutschland im Gegensatz zu seinen Verbündeten keine schweren Waffen an die Ukraine liefern könne. Am Montag stemmten sich der SPD-Generalsekretär und der Fraktionsvorsitzende noch vehement gegen die Unterstützung der Ukraine durch direkte Lieferungen, zwei Stunden später verkündete die Bundesverteidigungsministerin, dass Deutschland selbstverständlich dazu bereit sei. Damit wiederholt sich ein Muster, das zum echten Problem wird: Statt ihrer europäischen Verantwortung gerecht zu werden und proaktiv Impulse zu setzen, verweigert sich die Bundesregierung solange, bis die Kritik in In- und Ausland überhandnimmt. Der Schaden ist bereits angerichtet. Unser Ansehen bei den Partnern leidet enorm, bei der Bereitstellung der Flugabwehrkanonenpanzer haben wir wertvolle Wochen verloren. Als Union müssen wir uns dieser Logik anpassen und haben einen Antrag zur Lieferung schwerer Waffen vorgestellt, um den Druck zu erhöhen. Am gestrigen Donnerstag haben wir dann gemeinsam mit der Ampel-Koalition gegen die Stimmen der politischen Ränder für die Lieferung gestimmt. Es geht uns nicht um parteitaktische Überlegungen, sondern um die Sache. Gleiches gilt im Übrigen für die Grundgesetzänderung zum Sondervermögen für die Bundeswehr. Wir müssen sicherstellen, dass der Bundeskanzler sein "Zeitenwende"-Versprechen endlich einlöst und knüpfen unsere Zustimmung daher an die Bedingungen, das 2-Prozent-Ziel für die Streitkräfte im Grundgesetz zu verankern und die 100 Mrd. Euro wirklich in die Bundeswehr zu investieren. Der Zögerlichkeit des Kanzlers setzen wir klare Botschaften und einen klaren Kurs entgegen.

Herzliche Grüße

Euer Michael Frieser

Bezirksvorsitzender & MdB Nürnberg-Süd/Schwabach

„Während die Ampel streitet, wird die Union zunehmend zum Treiber der Bundespolitik.“

Sebastian Brehm
MdB Nürnberg-Nord

[Website](#)



AMPEL: 100 TAGE, ABER KEIN STÜCK WEISE

CDU und CSU werden zunehmend zum Treiber der Bundespolitik. Während die Ampelkoalition in ihren ersten gut 100 Tagen Regierungszeit intern vor allem streitet, hat die Unionsfraktion in den vergangenen Wochen eine ganze Reihe von klaren Initiativen vorgelegt – ob zur Deckelung der Folgen der hohen Inflation, zur Dämpfung der ausufernden Energiekosten oder zur Unterstützung der Ukraine bei der Abwehr des russischen Angriffs. Die Reaktion der Ampel auf die Vorschläge zur Abfederung von Inflation und steigenden Benzin-, Gas- und Strompreisen war typisch. Erst laute Ablehnung, dann offener Streit, schließlich ein Griff in die Vorschlagsliste der Union und am Ende ein Maßnahmenpaket der Halbheiten, das gleich mehrfach nachgebessert werden musste. Immerhin sollen etwa der Steuerfreibetrag angehoben und die Kraftstoffbesteuerung wenigstens zeitlich befristet gesenkt werden. Aber viele Bevölkerungsgruppen schauen weiter in die Röhre. So geht es auch vielen Bauwilligen. Im Januar schloss Wirtschaftsminister Habeck über Nacht einen Fördertopf für energieeffizientes Bauen. Dann gelobte er Besserung. Nun kam ein neues Programm mit schlechteren Konditionen, dafür aber höheren Auflagen – ausgestattet mit einer Milliarde Euro. Das reichte nicht einmal einen Tag. Dann eine nächste Stufe mit noch höheren Anforderungen – befristet bis zum Jahresende. Dann soll das dritte Programm folgen. So treibt man nicht den Wohnungsbau voran, sondern Bauwillige in die Frustration. Um die Abhängigkeit von russischem Gas abzubauen, wurden unlängst vier schwimmende Flüssiggasterminals bestellt. Unklar ist, woher das Gas kommen soll. Weitergehende Lösungen werden bislang abgelehnt. Die Verlängerung von AKW-Laufzeiten ist ebenso tabu wie eine verstärkte Gasförderung in Deutschland.

„Wir müssen endlich das Heft des Handelns in die Hand nehmen!“

Tobias Winkler
MdB Fürth

[Website](#)



WER FÜHRUNG BESTELT, ... WIRD LEIDER ENTÄUSCHT

Die staatspolitische Verantwortung gebietet uns als Opposition den pfleglichen Umgang mit der Regierung in der Außenpolitik, besonders in Krisenzeiten. Im russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine, mit schwersten Menschenrechtsverletzungen, stellt uns Bundeskanzler Olaf Scholz allerdings auf eine harte Probe. Ihn und die SPD nicht zu kritisieren, gelingt noch nicht einmal seinen Koalitionspartnern FDP und Grüne. Anstelle von entschlossenem Handeln erleben wir eine Regierung, die zögert, zaudert und schweigt. Ob beim Aus für Nord Stream 2, dem Ausschluss Russlands aus dem SWIFT-Zahlungssystem, einem Energieembargo von Kohle und Öl oder der Lieferung von zunächst leichten oder jetzt schweren Waffen. Ständig begeben wir uns in die Defensive und müssen am Ende klein beigeben. Dabei hatte Olaf Scholz vor der Wahl noch vollmundig versprochen: „Wer Führung bestellt, der kriegt sie auch.“ Stattdessen wächst bei unseren Partnern die Enttäuschung. Würde Deutschland seiner Rolle als stärkste Wirtschaftsmacht in Europa gerecht, sähe auch ein klares „Nein“ nicht sofort nach feigem Wegducken aus. So könnten wir auch ein vollständiges Gasembargo ablehnen, ohne dass an unserer Bündnistreue gezweifelt würde. Als die NATO und die USA zurecht Flugverbotszonen zurückwiesen, taten sie das aus einer Position der Stärke heraus und niemand hat damals mangelnde Solidarität unterstellt. Wir müssen endlich das Heft des Handelns in die Hand nehmen und gemeinsam mit unseren Verbündeten der Ukraine das liefern, was die Menschen dort einfordern und was dazu beiträgt, diesen furchtbaren Krieg zu beenden.



"Die Lebenshilfe ist ein engagierter Dienstleister im Sinne christlicher Nächstenliebe."

Karl Freller
MdL Nürnberg-Süd

[Website](#)

NÜRNBERGER FRÜHLINGSFEST: AKTIONSTAG FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNG

In diesem Jahr wird die Lebenshilfe Bayern 60 Jahre alt. Ein Aktionstag auf dem Nürnberger Frühlingsfest machte den Auftakt für dieses Jubiläumsjahr. Neben der Vorsitzenden der Lebenshilfe Bayern, Landtagsvizepräsidentin a.D. Barbara Stamm, Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Bürgermeisterin Dr. Julia Lehner, durfte auch ich gratulieren. Das Frühlingsfest der Lebenshilfe ist ein Fest der Lebensfreude. Die Menschen, die sich hier engagieren, die Menschen, die mithelfen, die Menschen, die sie an der Spitze repräsentieren, für sie Stimme und Sprachrohr sind, sie alle sind ein wesentlicher und geschätzter Teil unseres Freistaates. Über 50.000 Menschen mit Behinderung und ihre Familien werden von der Lebenshilfe umsorgt. Rund 900 Einrichtungen sind engagierte Dienstleister im Sinne christlicher Nächstenliebe. Die Lebenshilfe kann voller Stolz auf das Erreichte schauen. Inklusion und Teilhabe werden heute fast in allen Zusammenhängen mitgedacht. Die berechtigten Anliegen der Menschen mit Behinderung und ihrer Familien haben Aufmerksamkeit erlangt – gehören zur Normalität. Aber deshalb sind sie noch lange keine Selbstverständlichkeit. Die Herausforderungen sind dynamisch und fordern täglichen Einsatz – sei es bei der Suche nach Wohnraum, bei der Pflege chronisch Kranker oder Menschen mit Behinderung oder der Sicherstellung von Personal in der Pflege. Somit hat die Lebenshilfe eine Schlüsselstellung in unserer Gesellschaft eingenommen. Die Lebensfreude, die die Lebenshilfe verkörpert, möchte ich teilen! Sie geht zu Herzen. Sie begeistert!



„Gerade in Konfliktzeiten ist der Dialog unverzichtbar!“

Barbara Regitz
MdL Nürnberg-Nord

[Website](#)



BAYERISCHES KULTURZENTRUM DER DEUTSCHEN AUS RUSSLAND

In meinem Stimmkreis Nürnberg-Nord liegt das in Deutschland einmalige Bayerische Kulturzentrum der Deutschen aus Russland e.V. (BKDR). Mit Staatsministerin Ulrike Scharf, MdL und der Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für Vertriebene und Aussiedler Sylvia Stierstorfer, MdL habe ich das Kulturzentrum, das bundesweit das erste staatlich geförderte seiner Art ist, besucht. Dem Zentrum zolle ich Respekt. Es ist eine bemerkenswerte Begegnungsstätte, die Menschen zusammenkommen und voneinander profitieren lässt - so auch Lehrkräfte und Kulturschaffende sowie uns Politiker. Hier finden informative Austausche getreu dem integrativen Motto "Wissen verhindert Ablehnung" statt. Gerade mit Blick auf die ankommenden ukrainischen Flüchtlinge helfen Mitarbeiter und Ehrenamtliche des BKDR u.a. beim Dolmetschen. Wir waren uns einig: Der brutale, menschenverachtende Angriffskrieg Putins auf die Ukraine muss so rasch wie möglich ein Ende finden und die begangenen Kriegsverbrechen strafrechtlich verfolgt werden. Das Kulturzentrum fungiert als Veranstaltungsort und zentrale Anlaufstelle für die Deutschen aus Russland. Es berät Kulturschaffende und dokumentiert deren Geschichte anhand von Publikationen, Audio- und Videoaufnahmen. Mit Ausstellungen, Lesungen und Vorträgen möchte es einen Einblick in die Geschichte der Deutschen aus Russland geben, um damit das Bewusstsein für das Schicksal dieser großen Bevölkerungsgruppe zu schärfen. Es versteht sich als ein Ort für den Dialog und gerade in Konfliktzeiten ist der Dialog unverzichtbar!





HAUSHALT 2022: SCHWERPUNKT BAUEN

Anfang April hat der Bayerische Landtag den Haushalt für das Jahr 2022 auf den Weg gebracht. Insgesamt beträgt das Haushaltsvolumen rund 71 Milliarden Euro. Da die Corona-Pandemie Deutschland noch immer stark belastet und der Krieg in der Ukraine ebenfalls Auswirkungen auf die Staatsfinanzen hat, wurde ein Ein-Jahres-Haushalt verabschiedet, damit man diesen negativen Auswirkungen auch Rechnung trägt. Für mich als Bauingenieur und Mitglied des Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr liegen die Schwerpunkte natürlich im Bereich Bau und Infrastruktur. Zentraler Punkt aus dem Bereich Bau soll auch zukünftig die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum sein. Hier gilt die Devise „bauen, bauen, bauen“. Zahlreiche Maßnahmenpakete wurden geschnürt und es gilt nun, die Mittel für den Hochbau auch sinnvoll und zügig einzusetzen. Die Stadtbau, das Siedlungswerk Nürnberg und die Bayernheim schaffen mehrere tausend Wohneinheiten und versuchen so, die angespannte Situation - insbesondere für Familien - zu entspannen. Denn nach wie vor sind bezahlbare Familienwohnungen in den Ballungsräumen Mangelware. Die Schaffung von mehr Wohnraum bedingt auf der anderen Seite auch, dass die Infrastruktur an die gesteigerten Bedürfnisse angepasst wird. Daher wird in Straße, Schiene und in den ÖPNV investiert. Denn je attraktiver der ÖPNV ist, desto besser gelingt es, die Menschen zum Umsteigen zu bewegen. Mir gefällt in diesem Zusammenhang der Begriff „Zusammendenken“ sehr gut. Wohnraum bedingt auch angepasste bzw. neue Infrastruktur. Dabei muss beides zusammen und nicht gegeneinander geplant werden.

"Ein starker Haushalt, trotz Pandemie und Angriffskrieg auf die Ukraine."

Jochen Kohler
MdL Nürnberg-West

[Website](#)



"Mit umfangreichen Investitionen geben wir Stabilität in unsicheren Zeiten."

Hans Herold
MdL Fürth-Land

[Website](#)



HAUSHALT 2022 VERABSCHIEDET

Mit einem Volumen von 71,2 Milliarden Euro hat der Landtag den Haushalt für den Freistaat Bayern beschlossen. 42 Sitzungsstunden und 900 Änderungsanträge wurden im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen, in dem ich Mitglied bin, abgearbeitet. In einer 3-tägigen Plenardebatte wurde das Haushaltsgesetz 2022 abschließend diskutiert und verabschiedet. Neben der anhaltenden Bekämpfung der Corona-Pandemie stehen umfangreiche Investitionen in allen Ressorts an. Wir machen uns für unsere Kommunen stark: Sowohl beim Finanzausgleich als auch beim Glasfaserausbau. Leistungsfähige Kommunen und eine starke Infrastruktur haben höchste Priorität. Der kommunale Finanzausgleich kann mit 10,56 Milliarden Euro auch in diesem Jahr wieder eine Rekordsumme aufweisen. Außerdem werden 1,6 Milliarden Euro für den Glasfaserausbau bereitgestellt. Der bayerische Mittelstand mit seinem Handwerk ist das Rückgrat unserer bayerischen Wirtschaft und Garant für regionale Wertschöpfung und unseren Wohlstand. Um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen und Handwerksbetriebe weiter zu stärken und langfristig zu erhalten, investieren wir massiv in die Technologie- und Innovationsförderung. Mit zusätzlichen Mitteln in Höhe von 45 Millionen Euro für die Meister-Programme setzen wir gezielt Anreize für die berufliche Bildung in Bayern. Das Haushaltsvolumen im Bereich Ernährung, Landwirtschaft und Forsten steigt in diesem Jahr auf beinahe 1,8 Milliarden Euro. Wir bauen die Förderungen deutlich aus und investieren 140 Millionen für Dorferneuerungen im ländlichen Raum.



HAUSHALT 2022: SCHWERPUNKT JUSTIZ

Im Bereich Justiz setzt die CSU-Fraktion bei einem Gesamtetat von 2,8 Milliarden Euro – was ein Plus von 3,1 % bedeutet - besonders auf Investitionen in die Sicherheit: Im Fokus stehen hier vor allem 120 neue Stellen für Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte und Justizangestellte, die weitere Digitalisierung der Justiz mit 106 Mio. Euro und Bauprojekte, wie der Neubau des Strafjustizzentrums in München oder zwei neue Justizvollzugsanstalten in Passau und Marktredwitz. Als rechtspolitische Sprecherin der CSU-Landtagsfraktion war es mir ganz besonders wichtig, mit dem diesjährigen Haushalt Maßstäbe zu setzen und wichtige Maßnahmen für die Sicherheit der Menschen in unserem Land auf den Weg zu bringen. Unser Anspruch ist, dass die bayerische Justiz digital und bürgernah arbeitet. Bis 2026 muss die e-Akte an allen deutschen Gerichten eingeführt sein. Wir wollen das deutlich früher schaffen, daher nehmen wir in diesem Haushalt nochmal richtig Geld für die Digitalisierung in die Hand. Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Bayern steht für uns an erster Stelle. Darum erhöhen wir den Justizhaushalt 2022 noch einmal um rund 84 Millionen Euro auf nun 2,8 Milliarden Euro. Mit den neuen Stellen entlasten wir Gerichte und Staatsanwaltschaften. Auch die großen Bauprojekte werden ein Plus an Sicherheit bringen. Mit diesem Justizhaushalt ist es gelungen, wichtige und richtige Projekte auf den Weg zu bringen, von denen gerade die Menschen in unserem Land profitieren werden.

„Richtig viel Geld für die Digitalisierung in der Justiz!“

Petra Guttenberger
MdL Fürth
[Website](#)

